

## **Entschließungsantrag**

**der Fraktion der CDU/CSU**

### **zur Beratung des Agrarberichts 1978 der Bundesregierung – Drucksachen 8/1500, 8/1501 –**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

- die von der Kommission der EG vorgelegten Agrarpreisvorschläge als für die deutsche Landwirtschaft unzureichend abzulehnen und darauf hinzuwirken, daß das deutsche Agrarpreisniveau mindestens soweit angehoben wird, daß die Inflationsrate ausgeglichen wird;
- die von der Kommission der EG vorgelegten Pläne, den Währungsausgleich automatisch abzubauen, abzulehnen und darauf hinzuwirken, daß es auch bei pragmatischem Vorgehen nicht zu einem ökonomisch ungerechtfertigten Abbau des deutschen Währungsausgleichs kommt;
- darauf hinzuwirken, daß in der EG eine zweite Buttersorte eingeführt und den Verbrauchern kontinuierlich verbilligtes Buttereinfett zur Verfügung steht;
- darauf hinzuwirken, daß das Verfahren zur Verbilligung von Magermilchpulver und flüssiger Magermilch weiter vereinfacht wird;
- darauf hinzuwirken, daß die von den Landwirten zu zahlende Mitverantwortungsabgabe zur Bewältigung des Milchmarktes in voller Höhe für die Förderung des Absatzes von Milch und Milchprodukten verwendet wird;
- in den Entwurf des Haushaltsplanes 1979 (Einzelplan 10) die für die Einführung einer Hinterbliebenenrente für Witwen landwirtschaftlicher Unternehmer erforderlichen Finanzmittel entsprechend dem von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegten Gesetzentwurf (Drucksache 8/1250) einzustellen;
- einen bereits zwischen dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den Agrarministern der Bundesländer vereinbarten Agrarkredit im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und

des Küstenschutzes" einzuführen und darauf hinzuwirken, daß der von der Kreditanstalt für Wiederaufbau gewährte Agrarkredit in seinen Konditionen den Bedürfnissen vor allem kleiner landwirtschaftlicher Betriebe angepaßt wird;

- auf dem Wege von Verhandlungen und durch Überbrückungshilfen alles ihr Mögliche zu tun, um die negativen Auswirkungen der bisher gescheiterten EG-Fischereipolitik für die betroffenen Wirtschaftskreise zu beheben.

Bonn, den 24. Februar 1978

**Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion**